

Die Provisorische Regierung in ihrer Stellung zur Friedensbewegung

Unter den Problemen, die die sozialistischen Parteien unmittelbar nach dem Ausbruch der Februarrevolution von 1917 beschäftigten, steht das Problem von Krieg und Frieden an erster Stelle. Die Revolution weckte

in den Herzen der russischen Massen die Hoffnung, dass es nun mit den Leiden und Entbehrungen, die mit dem Krieg verbunden waren, bald ein Ende haben werde. Im Grossen und Ganzen hatten sich die sozialistischen Parteien auf das 'Zimmerwaldprogramm' geeinigt, aufgrund dessen man für einen demokratischen Friedensschluss wirken müsse, der ein 'Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen' enthalten solle. Als es jedoch darum ging, die Mittel und Wege festzulegen, die jenen allgemeinen demokratischen Frieden so schnell wie möglich herbeiführen sollten, traten scharfe Meinungsverschiedenheiten zutage.

Die 'Revolutionären Verteidiger', die eine Mehrheit im Petrograder Sowiet bildeten und auch an seiner Spitze standen, sahen für die Erlangung des Friedens zwei Möglichkeiten: eine diplomatische Tätigkeit der Provisorischen Regierung, die die Einwilligung der Alliierten für die die Grundelemente eines 'demokratischen Friedens' und die sofortige Einberufung einer Friedenskonferenz sicherstellen sollte; daneben aber auch die Kräfte des internationalen Proletariats um einen Druck auf die Kriegführenden Regierungen auszuüben, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Demzufolge - die Initiative des Sowiet um eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Kriegführenden und neutralen Staaten auf die Beine zu bringen. Solange diese Wege nicht zu jenem Ziele führen würden, müssen Sowiet und Regierung weiter für die Verteidigung des Vaterlandes sorgen. Diesem Aktionsprogramm widersetzten sich die 'Internationalisten' unter den Menschewisten. Diese waren im Glauben, dass die russische Revolution eine revolutionäre Bewegung in allen Ländern auslösen würde, und diese der Auftakt zu einer Weltrevolution darstellen würde, die die Fortsetzung des Krieges nicht mehr ermöglichte. Beiden Seiten würde nichts anderes übrigbleiben, als Frieden zu schliessen. Die 'Internationalisten' waren der festen Meinung, der 'demokratische Friede' könne durch eine weltweite sozialistische Agitation und durch eine Proklamation, dass die Provisorische Regierung keinerlei imperialistische Ziele verfolge, erreicht werden. Die Regierung müsse ihre Verbündeten dazu zwingen, Deutschland dem Frieden anzutragen.

Was aber alle im Sowiet vertretenen Gruppen vereinigte, war die Erkenntnis, dass die Regierung eine entscheidende Rolle für die Friedenskampagne zufalle. In der Tat war es so, dass die Zusammensetzung der Regierung, ihr Klassencharakter und ihre Ideologie es waren, die das Schicksal der Friedensbewegung von 1917 weitgehend mitgestaltet haben.

1. Die erste Provisorische Regierung besteht auf der Fortführung des Krieges bis zu seinem siegreichen Abschluss.

Die Proklamation von der Errichtung einer Provisorischen Regierung, ihrer Zusammensetzung und ihrer Ziele, vom 15 März 1917* nimmt zu dem Problem von Krieg und Frieden keine Stellung, und dies ist kein Zufall. Dieses Dokument wurde im Einklang mit den Vertretern des Petrograder Sowiet abgefasst, und, beide Richtungen zogen es vor, den strittigen Fragenkomplex, zumindest vorläufig, nicht zu erwähnen. Ihr Aussenminister P.N.Miliukow, war sich jedoch darüber klar, dass dieses Dokument dazu angetan war, in den Hauptstädten der Verbündeten Beunruhigung hervorzurufen, und er gab noch am gleichen Tag eine Erklärung ab, dass er bereit sei

* Alle Datums laut dem Gregorianischen Kalender (Neuer Stil)

alles dazu zu tun, und keine Mühe und Opfer scheuen werde, einen entscheidenden Sieg über den gemeinsamen Feind zu erringen.¹ Am Tage darauf erging ein ausführliches Telegramm an die russischen diplomatischen Vertreter in den alliierten Staaten über die Aussenpolitik der Provisorischen Regierung, und sie wurden angewiesen, diese an die entsprechenden Aussenminister weiterzuleiten. Die neue Regierung halte daran fest allen Verpflichtungen, die das Zarenregime auf sich genommen hatte, genauestens nachzukommen und den Krieg bis zum siegreichen Ende weiterzuführen.² Am gleichem Tage wurden G. Buchanan, M. Paleologue, die diplomatischen Vertreter Grossbritanniens und Frankreichs, in das Aussenministerium bestellt. Ihnen erklärte der Minister des Aussenen, dass das jetztige Ziel weiter sein müsse, Russland durch einen Sieg im Kriege zu retten.³

Die Ansichten Paleologues und Buchanans gingen mit denen Miliukows konform. Beide Partner waren an der Fortsetzung dieser Aussenpolitik interessiert, sie hofften, dass sie nun noch wirksamer durchgeführt werde.⁴ Am 18 März wurde in dem Aufruf 'An die Bürger des Russischen Reiches' ausdrücklich betont, dass 'Die Regierung alles tun werde, was in ihrer Macht steht, um die Armee mit dem Notwendigsten auszurüsten, um den Krieg zu seinem siegreichen Abschluss zu bringen'. Der Hoffnung wurde Ausdruck gegeben dass der patriotische Geist, den die Truppe in ihrem Kampfe mit der alten Regime bewiesen habe, sie auch auf dem Schlachtfelde beseelen werde. 'Die Regierung werde die Bindung mit den Alliierten in aller Heiligkeit hochhalten und die mit ihnen eingegangenen Vereinbarungen pünktlich erfüllen. Diese Version wurde von der Regierung bestätigt, und Miliukow hoffte, dass sie sowohl die Alliierten befriedige, wie auch den Sowiet nicht zu sehr aufbringe,⁵ aber Paleologue genügte sie nicht, denn in ihr stand nichts was darauf hinwies, dass der Krieg auf jeden Preis und bis zum vollständigen und endgültigen Siege fortzuführen sei.⁶ Am 20. März wurde in der Provisorischen Regierung erstmalig die Frage von Krieg und Frieden erörtert.⁷ Die Auseinandersetzung kreiste um den Konnex zwischen Krieg und Revolution. Es wurde betont, dass die lasche Kriegführung eine der Ursachen der Revolution war, und jetzt sei es an der Revolution, hierin Wandel zu schaffen. Sie sei verpflichtet, die Bande zwischen Russland und seinen Verbündeten enger zu gestalten, das alte Armeekommando durch ein tatkräftiges und ergebeneres zu ersetzen und die gelockerte Disziplin zu verstärken.⁸

Als Ausfluss dieser Besprechung wurde am 29. März ein Bulletin 'Aufruf an die Truppen und die Bevölkerung' ausgegeben, das von Gutschkow, dem Kriegsminister, unterzeichnet war, der voll und ganz von dem Erkenntnis beseelt war, dass der Krieg bis zum Endsieg weitergehen müsse.⁹ Dieser Aufruf erweckte den Unwillen des Petrograder Sowiet, der sich gleichfalls mit dem Komplex Krieg und Frieden befasste, und der als Reaktion darauf, am 27. März einen ^{manifest} ~~Aufruf~~ an die "Völker der Welt" richtete. aber auch in diesem Aufruf ist keine eindeutige Forderung auf den Frieden enthalten. Suchanow, der ihn verfasste, betonte einerseits, dass die revolutionäre russische Demokratie mit allen Mitteln gegen der imperialistische Politik der herrschenden Klassen zu kämpfen gewillt sei, und sie ruft die Völker Europas zum gemeinsamen aktiven Kampf für den Frieden auf; andererseits aber droht er warnend, dass die russische Revolution nicht vor den Bajonetten der Eroberer zurückweichen werde, und nicht gestatten werde, dass militärisch Gewalt ihr den Garaus mache.¹¹ Diese allgemeinen Richtlinien wurden von den Mitgliedern des Petrograder Sowiet einhellig akzeptiert.¹² Auf die Initiative des Sowiets, die Fragen von Krieg und Frieden selbst in die Hand zu nehmen, reagierte der Aussenminister Miliukow am 5. April in einem Interview über die Kriegsziele der Verbündeten. Er betonte, ein

Verzicht auf Konstantinopel und die Meerengen zu Gunsten Russlands stelle "keine Verletzung der nationalen Rechte der Türkei dar."

Dieses Interview löste einen Proteststurm von Seiten des Sowjets aus. Unter dem Druck dieser Proteste gab die Regierung am 9. April eine Erklärung über ihre Kriegsziele ab, in der es hiess: "Es ist die erste lebenswichtige Pflicht unserer Soldaten, die die Freiheit des Volkes beschützen, unsere Heimat um jeden Preis zu verteidigen und unser Land vom Feind zu befreien, der es besetzt hält." Die Erklärung schliesst aber mit einer Wiederholung der Zusage, die Verpflichtungen "die wir unseren Verbündeten gegenüber eingegangen sind" zu erfüllen.¹³

Dieses Versprechen liess sich nicht mit der Stellungnahme der Sowjets vereinbaren. Am 12. April beschloss das allrussische Sowietzusammenkommen mit 325 Stimmen gegen 57 und 20 Stimmenthaltungen eine Erklärung, in der es heisst: wir wollen uns mit der Regierung in Verbindung setzen und ihr klar machen dass das freie Russland sich unverzüglich und öffentlich von allen Eroberungsplänen des Zarenregimes lossagen. Zwei Wochen später, am 1. Mai, beschloss die Provisorische Regierung die Sowjets zufriedenzustellen und den Verbündeten offiziell das Manifest vom 27. März zu übermitteln. Miliukow fügte aber einen Begleitbrief hinzu, der dem Dokument einen Sinn beimass, der den Absichten der Sowjets genau zuwiderlief.¹⁴

Das Auftreten des Petrograder Sowiet als aktiver Faktor in dem politischen Thema Krieg und Friede beunruhigte die Ententemächte sehr und brachte sie dazu, auf die Provisorische Regierung dahingehend einen Druck auszuüben dass sie der den Krieg bejahende Politik die Treue wahre. Die Haupttendenz der Ententeregierungen nach der Februarrevolution ging dahin, Russland "bei der Stange" zu halten, weil man befürchtete, dass die neue russische Regierung einen Separatfrieden schliessen könne, was den deutschen Druck auf der Westfront zu verstärken im Stande war. Diese Befürchtung vor einem Frieden bestimmte die Politik und das Verhalten der Westmächte angesichts des innenrussischen Geschehens. Dieses wiederum bestimmte die Rolle der diplomatischen Vertreter: sie hatten ihren Einfluss auf die Provisorische Regierung dahingehend geltend zu machen, dass sie die Vereinbarungen, den Krieg fortzusetzen, auch weiterhin hielt. Um sie in diesem Vorhaben zu unterstützen, wurden auch Delegationen von Sozialisten durch die Alliierten ausgesandt, in der Annahme, dass diesen, - ihrer Verbindungen wegen mit sozialistischen Parteien Russlands und mit dem Petrograder Sowiet - dieses zu erreichen leichter fallen werde.

2. Die Ansichten der Kabinettsminister in der Frage "Krieg und Frieden"

Im allgemein bestand unter den Mitgliedern der Provisorischen Regierung ein Einvernehmen, was die Frage der Fortsetzung des Krieges betraf. Dieses

wurde schon in den ersten Woche ihres Bestehens klar. Am 19. März, 4 Tage nach der Abdankung des Zaren, liess Fürst Lwow, der Regierungschef, bekanntgeben, dass seine Regierung die von der Zarenregierung geschlossenen Verträge respektieren werde. Am 31. März 1917 erschien er vor Presseleuten und betonte wiederholt mit allen Nachdruck, dass die Regierung sämtliche Verträge und Bündnisverpflichtungen, Russland und seine Alliierten betreffend, den Krieg bis zum Siege weiterzuführen, striktestens einhalten werde.¹⁵

So unterstützte der Ministerpräsident öffentlich die Haltung seines Aussenministers, der das Manifest des Petrograder Sowiet "An die Völker Europas" verleugnete.

In seiner Rede, gehalten in der Krisenzeit des April, als die Verhandlungen mit dem Petrograder Sowiet auf ihrem Höhepunkt standen und wenige Tage vor der Bildung der Koalitionsregierung, versichert Fürst Lwow, nicht vor den Gespenstern der Anarchie und der Gewalt zurückzuweichen und den Krieg, dem ihn befehlenden Kräfte zum Trotz, weiterzuführen. Er appelliert an die Welt, nicht den russischen Frieden zu befürchten und begrüsst die U.S.A. - den Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie - zu ihrem Eintritt in den Krieg.¹⁶

Hier kam die Gemeinsamkeit der prinzipiellen Anschauungen Fürst Lwows mit den Ansichten Miliukows, Gutschkows und anderen zum Ausdruck. Lediglich aufgrund des Druckes, den der Sowiet auf die Regierung auszuüben begann, sah sich der Chef der Regierung genötigt eine politische Formel des Ausgleichs zu finden, die die Kooperation der Regierung mit dem Sowiet weiterhin ermöglichte. Seine Neigung zum Kompromiss entsprang im wesentlichen seiner Treue und Anhänglichkeit an seine politischen Prinzipien, denenzufolge die Fortsetzung des Krieges bis ans Ende eine unverrückbares Postulat war; dies ging jedoch nicht ohne die Unterstützung der Armee, die sie der Provisorischen Regierung angedeihen liess, - und da war der Einfluss des Sowiet beträchtlich!

Zweifellos war P.N. Miliukow die hervorstechendste und einflussreichste Figur in der ersten Provisorischen Regierung. Schon als Abgeordneter in der Vierten Duma hatte er einen bedeutenden Anteil an der Gestaltung der Aussenpolitik; seine Vertrautheit mit den Spitzen-gestalten der Entente-Mächte, sein Auftreten als Aussenminister in der Schattenregierung des "Fortschrittlichen Blocks" von 1915 und 1916 brachten es dazu, dass seine Ernennung zum Aussenminister in der Provisorischen Regierung eine Selbstverständlichkeit war.¹⁷ In jenen Jahren 1915 und 1916 kristallisierte sich auch Miliukows Anschauung betreffs des Komplexes von Krieg und Frieden aus, eine Anschauung, die von der politischen Auffassung des derzeitigen Aussenminister Sazonow nicht allzu weit entfernt war.

Diese seine politischen Richtlinien formulierte Miliukow mit besonderer Scharfe i.J. 1917. Im Januar jenes Jahres veröffentlichte er eine Artikelserie im

"Westnik Jewropy" unter dem Titel "Konstantinopel und die Meerengen", in den er die Lebens-notwendigkeit der türkischen Hauptstadt und der Dardanellen-Enge der Durchfahrt zwischen Schwarzen zum Mittelmeer für Russland unterstrich und die Sozialisten angriff, weil sie jene für Russlands Verteidigung und für seine ökonomische Entwicklung unabdinglichen Forderungen als Imperialismus hinstellten.¹⁸ Diese ideologisch-politischen Erwägungen waren es, die den Aussenminister der Provisorischen Regierung dazu bestimmten, die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland zu rechtfertigen. In seiner Streitschrift "Po tschemu i zatschem my wojujem" (Wofür und weshalb wir Krieg führen), die er kurz nach der Februarrevolution herausbrachte, betonte Miliukow, dass Russland nicht dafür kämpfe, um schnell Frieden zu erlangen, nach dem viele Sozialisten sich sehnen. Das wurde nur ein kurzer Friede sein. Das Ziel Russlands sei es, einen dauernden Frieden zu gewinnen, in welchem die endgültigen Grenzen zwischen den Völkern festgelegt würden - vor allem die auf dem Balkan und in der Dardanellenzone.¹⁹ Die Annexion der Meerengen und Konstantinopels an das russische Reich blieb der herrschende Leitgedanke in der Aussenpolitik Miliukows.

Bis auf Ausserste bekämpfte er, was er als die "Zimmerwald-Konzeption" bezeichnete. Der Gedanke eines Friedensschlusses ohne territoriale Annexionen und ohne Entschädigungen war für ihn untragbar, unvertraut, fremd und gradezu feindselig. Für Russland - so meinte er - wäre es untragbar, auf die "wichtigste Kriegsbeute" zu verzichten, und dies wegen einer humanistischen und kosmopolitischen Ideologie des internationalen Sozialismus.²⁰ Am 23. März erschien in dem Blatt "Retsch" ein Interview mit Miliukow, in welchem er die Formel "Friede ohne territorialen Annexionen und ohne Entschädigungen" als deutsche Version hinstellte, die man als sozialistische Formel auf den Markt bringen wolle.²¹

Den "Appel an die Völker Eueopas" verschärfte den Gegensatz zwischen ihm und dem Sowiet, da diese Proklamation seines Erachtens dazu angetan war, die festen Beziehungen zwischen Russland und den Alliierten zu gefährden. Der von dem Sowiet ausgeübte Druck und die intransigente Stellung des Aussenministers brachten es dazu, dass einzige Kabinettsmitglieder sich von der aussenpolitischen Linie Miliukows zu distanzieren begannen. Freilich rührte dies auch von dem Zweifel her, ob die Armee überhaupt imstande war, den Krieg fortzusetzen, sodass man sogar darauf einging, ein Sonderfrieden mit Deutschland einer Prüfung zu unterziehen.²² Am 9. April machte die Regierung eine Erklärung publik, die schon fast ein Kompromiss darstellte, indem sie sowohl die Ansichten Miliukows wie auch die des Sowiet in der Frage Krieg ^{wird} ~~auch~~ Frieden beihaltete. So konnte jede Seite den Inhalt nach eigenem Gutdünken interpretieren. In seinen Apriltagen konnte Miliukow noch verlautbaren, dass Russland sich das

Recht vorbehalte, die Dardanellenenge für fremde Kriegsschiffe zu sperren - was ja vorauszusehen schien, dass die Dardanellen in russischer Hand seien.²³ Miliukows diesbezügliche Anschauungen wurden von dem Kriegsminister Gutschkow geteilt, der der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses der Duma von 1911 gewesen war. Seiner Meinung war die Fortführung des Kriegs bis zum siegreichen Ende oberstes Gebot, wobei man auch vor Opfern nicht zurückschrecken dürfte, da Russlands nationale Ehre und Russlands Grösse auf dem Spiele stünden,²⁴ und es nichts Ärgeres gabe als eine historische Demütigung.²⁵ Er wandte sich scharf gegen den Sowiet, in welchem die Rede von einem raschen Friedensschluss ging, "ohne territoriale Annexionen und ohne Entschädigungen". Er sah darin Elemente, die zu einem Zerfall des nationalen Geistes führen müssten.²⁶ Er griff auch die Bolschewisten an, die für einen Frieden um jeden Preis eintraten. Er kam im Laufe der Zeit zu der Erkenntnis dass die Provisorische Regierung dem Sowiet "nachgab", und deshalb nahm er am 10. Mai seinen Abschied. Seine Abdankung, der die Abdankung Miliukows wenige Tage darauf folgte, bilden den entscheidenden Wendepunkt in der Karriere Kerenskis und dessen Aufstieg bis zum politischen Gipfelpunkt, wenngleich sie nicht ganz so einschneidend waren, wie er es später hinzustellen pflegte.²⁷ Gelegentlich betrachtete Kerenski sich als Sozialisten, er war aber der sozialistischen Bewegung Russlands fremd, sei es in ihrer demokratischen, sei es in ihrer populistischen Spielart, der er offiziell angehörte. Der Sowiet nahm ihm gegenüber eine distanzierte mit Argwohn durchsetzte Haltung ein.²⁸ Seine Anschauungen auf dem Gebiet der Aussenpolitik berührten sich mit denen Miliukows und Gutschkows, demzufolge Russland den Krieg bis zu seinem siegreichen Abschluss zu führen verpflichtet sei, aber im Gegensatz zu Miliukow war er bereit, auf Konstantinopel und die Dardanellen zu verzichten.

Diese seine Haltung entsprang nicht so sehr ideologischen wie politischen und militärischen Beweggründen, aber sie genügte, um Kontroversen innerhalb der Regierung und Konflikte mit dem Sowiet herauf-zubeschwören. All dies führte zu einer Regierungskrise, aus der Kerenski keinen anderen Ausweg sah, als eine Koalitionsregierung zu bilden, der auch Vertreter des Sowiet mitangehörten. Miliukow wurde nahegelegt, in der Regierung als Unterrichtsminister zu bleiben, aber er zog es vor, seinen Abschied zu nehmen.²⁹

3. Die Koalitionsregierung

Mit 44 gegen 19 Stimmen nahm die Exekutive des Sowiet am 14. Mai den Vorschlag an, sich der Koalitionsregierung anzuschliessen.³⁰ Es sollte, nach Meinung des Regierungschefs Lwow, eine stabile Koalition sein, die die Teilnahme an Krieg auf der Seite der Entente sicherstellte.³¹ Die neue Regierung enthielt 10 Minister aus den Reihen des Bürgertums und 6 Sozialisten, darunter Tschernow, Zereteli und Skobelev, die Mitglieder des Exekutiv-Komitee des Sowiet waren. Kerenski übernahm das Portfeuille des Kriegsministers und das Amt des Aussenministers anstelle von Miliukow

bekleidete Tereschtschenko. Premierminister blieb Lwow.

Tereschtschenkos Stellung als Aussenminister war im Kabinett stark und einflussreich; er war glühender Nationalist, identifizierte sich quasi mit der Politik, die den Frieden herbeiwünschte und die Einwilligung der Verbündeten zu der Devise des Sowiet "Friede ohne Annexionen", zumal er glaubt dass nur so die Armee dafür zu gewinnen war, die Kriegshandlungen fortzusetzen.³² Er nahm an, dass Deutschland einem aus der Initiative des Sowiet hervorgegangenen Frieden nicht akzeptieren werde. Die Weigerung Deutschland auf eine Friedensangebot einzugehen, würde, seiner Meinung nach, die russischen Soldaten davon überzeugen, dass die Notwendigkeit bestehe, den Krieg fortzusetzen.³³ Es hatte den Anschein, als sei Tereschtschenko, aus pragmatischen Motiven, dazu bereit, der Haltung des Sowiet beizupflichten, dass Russland eines ehrenvollen Friedens bedürfe, unter der Bedingung, dass er seine Grenzen sichere und das Problem der Meerengen und des Balkans im Sinne der russischen nationalen Belange auf weite Sicht lösen könne.

Die Bildung der neuen Regierung änderte also nichts auf dem Gebiete der Aussenpolitik. Miliukow, der aus ihr ausgedient worden war, konnte mit aller Ruhe konstatieren, dass seine Politik auch unter seinem Nachfolger Tereschtschenko unverändert weitergehe. Er vertrat die Ansicht, dass die Ententediplomaten eingesehen hätten, dass die "demokratische" Terminologie in den Äusserungen des neuen Aussenministers eine höfliche Verneigung vor den Erfordernissen der Stunde darstelle.³⁴ Es besteht kein Zweifel darüber, dass Tereschtschenkos Politik eine Sabotage der Friedensbewegung war, und es gelang ihm in der Tat, die verbündeten Regierungen in diese Richtung zu gäheln, wie aus dem Weiteren ersichtlich sein wird.

Am 1. Juni schrieb Tereschtschenko an die russischen Vertretungen in Paris und in Stockholm, dass die russische Aussenpolitik stark von der Leistungsfähigkeit der Armee abhängig sei und von der Möglichkeit, die Offensive zu erneuern.³⁵ "Der Ausbau der militärischen Streitkräfte, sei es im Hinblick auf eine Defensive, sei es in der ⁵Aussicht auf eine Offensive, wird die wichtigste Aufgabe der Provisorischen Regierung darstellen" heisst es in der Regierungserklärung unmittelbar nach der Regierungsbildung.³⁶ Am 14. Mai gab Kerenski, der neue Kriegsminister, einen Ukas heraus, der die Wiederherstellung der Disziplin und die Bereitschaft zur militärischen Aktivität forderte.³⁷ Die Offensive war dazu bestimmt, die militärische Moral zu stärken und die Verbündeten, die den "drohenden" Waffenstillstand an der Ostfront befürchteten, zu beruhigen.

Auch Zereteli und seine Genossen nahmen an, dass eine militärische Offensive nicht nur die Armee stärken, sondern auch den Weg zu einem allgemeinen Friedensabkommen bahnen würde.³⁸

Der lautstärkste Rufer in der Forderung eines militärischen Neubeginns war aber Kerenski. London und Paris rühmten mittels ihrer Botschafter die Aussichten einer Wiederaufnahme der militärischen Aktionen und drängten die russische Regierung, die Offensive zu starten. Die Offensive begann am

2. Juli und an diesem Datum gab Kerenski die Erklärung ab: "Die russische revolutionäre Armee hat mit gewaltiger Begeisterung die Offensive auf sich genommen."³⁹

Die Offensive - und ihr Scheitern - waren der Auftakt einer neuen politischen Krise. Die Kadeten waren gezwungen, die Regierung zu verlassen. In den Strassen Petrograds kam es zu stürmischen Demonstrationen gegen den Krieg und für die Herrschaft der Räte. Am 6. August wurde eine neue Koalitionsregierung unter der Leitung Kerenskis gebildet, die sich in ihrer Zusammensetzung nicht allzusehr von der vorigen unterschied. Zwar bildeten die Sozialisten in ihr die Mehrheit, aber Miliukow bemerkte mit Recht, dass in Wirklichkeit "das augenblickliche Übergewicht in der Regierung den treuen Anhängern einer bürgerlichen Demokratie gehören."⁴⁰ In der Tat war in ihr das Triumvirat Kerenski, Tereschtschenko und Nekrassow ausschlaggebend. Dieser letztere war ein linker Kadett. Sie alle sorgten dafür, freie Hand zu haben, und ihre Beziehungen zum Sowiet waren rein formellen Charakters.⁴¹ Innerhalb der Regierung wehte ein Wind, der in der Devise gipfelte: "die Ordnung wiederherzustellen und Russland zu retten", die Verbündeten zu beruhigen und dafür zu sorgen, dass das russische Volk gegen seine innern und äussern Feinde den Kampf fortsetze.⁴²

Der praktische Schritt zur Beruhigung der Gemüter und für Aufrechterhaltung der Ordnung war die Ernennung Kornilows zum Obersten Befehlshaber. Dieser war als notorischer Reaktivär bekannt und galt als Protagonist der Konterrevolution.

Nach aussen hin beteuerte die Regierung ihre Absicht Kontakte mit den Verbündeten aufzunehmen und Aktionen mit ihnen zu koordinieren, um die Errungenschaften der Revolution zu wahren und die Friedensbedingungen zu erörtern. Aber wie gross ihre Doppelzüngigkeit war, geht aus einem Memorandum hervor, das Tereschtschenko an Bachmatew, dem russischen Botschafter in Washington richtete in dem es heisst: "

I deem it necessary to postpone somewhat the proposed conference and, suspending for the time being all negotiations with respect to future peace conditions, to concentrate all our attention on the continuance of the War.⁴³

Das Ränkespiel in der Aussenpolitik Tereschtschenkos und seine Sabotage der Friedensbemühungen wurden besonders offenbar in der Stellung der Provisorischen Regierung zu der Stockholmer Friedenskonferenz.

4. Die sozialistische Konferenz von Stockholm

Der erste Schritt des Petrograder Sowiet in seiner internationalen Tätigkeit wurde bereits am 27. März unternommen, in seinem "Appel an die Völker Europas", sich für die Erreichung des Friedens zusammenzuschliessen.⁴⁴

Wie gesagt, bewegte sich die Hauptsächliche Strategie in Richtung der Herbeiführung des Friedens in zwei Bahnen. Die Provisorische Regierung habe ihre diplomatischen Kanäle als politische Instrumente zu benutzen, um die Bereitschaft der Verbündeten zu gewinnen, Friedensverhandlungen einzuleiten

und die Kriegsziele abzuändern in der Richtung des Grundsatzes "Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen". Demgegenüber sollte der Sowiet sich darauf konzentrieren, eine sozialistische internationale Konferenz zustandezubringen.

Der Gedanke einer internationalen sozialistischen Konferenz für den Frieden nahm konkrete Gestalt an, als die "Zimmerwaldisten aus Sibirien" unter der Führung Irkali Zeretelis aus ihrem Exil nach Petrograd zurückkehrten. Ihre Auffassung, dass der Friede auf dem Wege der Erneuerung der sozialistischen Internationale wiederaufleben würde, wenn diese Internationale den Frieden als Forderung von den Kämpfern der Länder verlangen werde, - wurde zur aussenpolitischen Leitidee des Sowiet.

Der Gedanke der Einberufung einer internationalen Konferenz, um die sozialistische Einheit wiederherstellen und für den Frieden wirken, war während der ganzen Kriegsjahre lebendig. Anfang April präzisierte der Sowiet seine Absicht dahingehend, dass eine Konferenz einberufen werde, die die öffentliche Meinung der Ententeländer mobilisieren sollte, die auf ihre Regierungen einen Druck ausübe, einer Revision der Kriegsziele zuzustimmen und in Unterhandlungen über einen Frieden zu treten.⁴⁵

Es soll nicht verschwiegen werden, dass nicht alle in Sowiet vertretene sozialistische Parteien für die Einberufung der Konferenz waren, aber unsere Aufgabe ist es nicht, bei den inneren Zwistigkeiten uns aufzuhalten. Wenden wir unseren Blick auf die Haltung der Provisorischen Regierung zu der Einberufung der geplanten Konferenz.

Schon der bloße Gedanke der Einberufung einer Friedenskonferenz brachte die Ententeregierungen aus den Häuschen. Schon Anfang Mai, als der Holländisch-Skandinavische Ausschuss, dem die Organisierung der internationalen sozialistischen Konferenz oblag, in Bildung begriffen war, verlautbarte die Entente-press, dass dies ein deutsches Manöver darstellte, um zu einem Sonderfrieden mit Deutschland zu gelangen. Der gleiche Verdacht eines deutschen Manövers wurde auch schon vorher von der U.S.A. verbreitet,⁴⁶ und in diesem Fall auch an die Adresse der Konferenzgegner, womit Lenin und seine Bolschewisten gemeint waren. Und zwar in folgenden Stil:

The opposition is by Lenin and his followers who I think are inspired and possibly paid by Germany.⁴⁷

Von Beginn an distanziierten sich die Regierungen der Entente von einer den Krieg "gefährdenden" Konferenz. Jedoch war es ihnen, in Hinblick auf die sozialistischen Parteien ihrer Länder, die einen weitreichenden Einfluss auf die Öffentlichkeit besaßen, und für die Teilnahme an der Konferenz waren, unbequem, direkt gegen die Konferenz hervortreten. Sie entschieden sich deshalb für andere Wege.

Schon auf der Konferenz der Entente, die am 25 und 26 Juli, nach der gescheiterten russischen Offensive, in Paris tagte, herrschte eine allgemeine Stimmung gegen die Beteiligung sozialistischer Parteien der Ententestaaten an der Stockholmer Konferenz. Praktische Massnahmen gegen die Konferenz

wurden auf Betreiben der Provisorischen Regierung Russlands und ihrer Emissäre unternommen.

Am 2. August meldete Buchanan, der Botschafter Grossbritanniens in Petrograd, dem Aussenminister seiner Regierung:

I have reason to believe that the non-Socialist members of the Government would much prefer that the Stockholm conference should not take place for fear that peace talk might have a bad influence on the army. They will not, however, place any obstacles in the way of the attendance of the Russian Socialist, but they will not consider themselves bound by the decisions which the conference may take. They are anxious that it should be attended by Socialists of other countries so that Russia should not be left tête-a-tête with Germany.⁴⁸

Eifriger Fürsprecher der Politik eines totalen Krieges gegen Deutschland war der russische Botschafter in London Konstantin Nabukoff, der sich mit aller Schärfe der Stockholmer Konferenz widersetzte und ihr ebenfalls ein Manöver Deutschlands sah, das den Sieg der Alliierten vereiteln sollte. Am 3. August drahtete er an Tereschtschenko über die Befürchtung der britischen Regierung, dass die russische Regierung eventuell das Zusammentreten der Stockholmer Konferenz befürworten werde. In seinem Antwortschreiben bat er Tereschtschenko, die britische Regierung zu beruhigen:

I consider it absolutely necessary, with a view to safeguarding the stability and closeness of our union with Great Britain, where the majority of public opinion is adverse [to] the conferece, that I should be in a position to declare most emphatically to Mr. Balfour that the Russian Government as well as His Majesty's Government regard this matter [Stockholm] as a party concern and not a matter of State, and that the decisions of the Conference, should it be convened, would in no way be binding on the future course of Russian policy and of Russia's relations with the Allies.⁴⁹

Am 9. August, schon nach der Bildung der zweiten Koalitionsregierung, kam folgende Antwort Tereschtschenkos:

I entirely approve of the declaration to be made to His Majesty's Government in the sense suggested by you and you are hereby authorized to inform the Secretary of State for Foreign Affairs that although the Russian Government does not deem it possible to prevent Russian delegates from taking part in the Stockholm Conference, they regard this Conference as a party concern and its decisions in no wise binding upon the liberty of actions of the Government.⁵⁰

Eine russische Erklärung, die die Stockholmer Konferenz als Parteiangelegenheit hinstellt, die mit der Regierung nichts zu tun habe, und deren Beschlüsse die Regierung keineswegs verpflichten, wurde von dem Aussenminister Balfour dem

Premierminister Lloyd George überreicht; Daraufhin legte der britische Premier nahe, britischen Vertretern die Teilnahme an der Konferenz nicht zu gestatten. Diese seine Haltung fand ihre Stütze in dem Kabel, das von dem französischen Sozialisten Albert Thomas gesandt wurde, in dem dieser mitteilte, dass selbst der Regierungschef Kerenski nicht an dem Zusammentreten der Konferenz interessiert sei.⁵¹

Am 12. August teilte Bonar Law, Finanzminister und Führer des Unterhauses, mit, dass die britische Regierung die Konferenz absolut ablehne und nicht zulassen werde^{das} ihr Friedensbedingungen diktiert werden. In demselben Geist war auch der Beschluss der französischen Regierung, der bereits am 1. Juni gefasst war, formuliert und desgleichen die Haltung der U.S.A., die einer Erklärung Lansings, ihres Aussenministers, auf Weisung des Präsidenten zu Grunde lag.⁵²

Die Erklärung der russischen Regierung wurde von Lloyd George der Öffentlichkeit übergeben der dazu von Nabukoff ermächtigt worden war.

Die ganze Angelegenheit verursachte Verlegenheit in den Reihen des Sowiet, und dieser forderte eine Erklärung seitens der Regierung. In der Tat erfolgte auch eine offizielle Verlautbarung, die doppeldeutig war. Einerseits wurde betont, dass die Konferenz eine Angelegenheit der Sozialisten sei, und ihre Beschlüsse die Regierung nicht verpflichten, und die Entscheidung in Sachen Krieg und Frieden sei eine ausschliessliche Prerogative der verbündeten Regierungen. Andererseits, und um die Gemüter zu beruhigen, kam ein Nachtrag, in dem es hiess, dass die russische Regierung dennoch der Ansicht sei, dass ein Meinungs-austausch, wie er für die Stockholmer Konferenz vorgesehen sei, einen Beitrag zum Frieden darstellen würde. Die Regierung habe auch Weisungen an ihre Verbündeten hinausgehen lassen, dass es nicht erwünscht sei, den Parteien, die willens seien, an der Konferenz teilzunehmen, Schwierigkeiten in den Weg zu legen.⁵³

Diese Worte lassen eine ausweichende Selbstrechtfertigung durchblicken, aber gleichzeitig auch einen Versuch, die Schuld auf die Verbündeten abzuwälzen. Eine prinzipielle Sinnesänderung ist nicht darin festzustellen, und das, obwohl der Sowiet über eine Mehrheit in der Regierung verfügte.

Am 30. August berichtet der italienische Gesandte in Russland, Carlotti, seiner Regierung, dass Tereschtschenko der Meinung sei, es sei besser, die Konferenz werde überhaupt nicht stattfinden, da es nicht angehe, dass die Regierung von den dort gefassten Beschlüssen beeinflusst werde.⁵⁴

Die Gegnerschaft der Provisorischen Regierung zur Stockholmer Konferenz entsprach ihrer Tendenz, den Krieg fortzusetzen und gleichzeitig war sie auch ein Schlag für das Prestige des Sowiet und, indem der Rivale in der Handhabung der Regierungsgeschäfte geschwächt wurde, sicherte sie ihre ungestörte Machtvollkommenheit.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die lautstark ihre Forderung erhob, mit dem Krieg Schluss zu machen, war die Regierung von Zeit zu Zeit genötigt ihren Friedenswillen zu beteuern und ihre Verbündeten darum anzugehen, Verhandlungen in den traditionellen diplomatischen Kanälen anzubahnen, in der Zwischenzeit aber den Krieg auf Seiten der Verbündeten bis zum Endsieg weiterzuführen.

Die Führer des Sowiet setzten zwar ihre Bemühungen zwecks Einberufung der Stockholmer Konferenz fort und es wurde die Sendung einer Delegation, die aus vier Menschewisten und einem Sozialrevolutionär bestand, beschlossen (I.P. Goldenberg, ein ehemaliger Bolschewist, A.N. Smirnow, Metallarbeiter, V.N. Rozanow, ein prominenter Genosse in der Kommission für internationale Angelegenheiten im Petrograder Sowiet, H. Ehrlich, von den Führern des "Bund", N.S. Rusanow, der einzige Vertreter aus den Reihen der S-R.).

Dieser Delegation wurde aufgetragen, die Länder des Westens zu besuchen und die politischen Gremien dahin zu bringen, sich an der Konferenz zu beteiligen. Aber das Verbot Reisepässe auszustellen machte all diesen Bemühungen faktisch ein Ende.

Kornilows Putschversuch von Anfang August verstärkte und beschleunigte den Zusammenbruch der menschewistisch-sozialrevolutionäre Führerequipe des Sowiet. Der sich ständig verstärkende Ruf der Massen nach Frieden - blieb ohne Echo. Die Führer des Sowiet waren nicht willens, einen Alternativweg auszuprobieren, um aus dem Krieg herauszuwinden - und das hieß Sonderfrieden mit Deutschland. Sie brachten es nicht fertig, rasch und unzweideutig die vielen aktuellen Probleme, wie Inflation, Sanierung der Wirtschaft, Agrarproblem und Nationalitätenproblem, ^{anzupacken!} aber auf keinem Gebiet war ihr Scheitern verhängnisvoller, als auf ihrer Unfähigkeit, Russland aus dem Kriege herauszuwinden, womit die Lösung aller anderen Probleme zusammenhing. Die Friedensverhandlungen mittels der Stockholmer Konferenz bildeten einen Eckstein in der Aussenpolitik des Sowiet und der in ihm herrschenden Parteien. Das Scheitern der Einberufung der Konferenz war auch das Scheitern der Menschewisten und der Sozialrevolutionäre, die das Schicksal in den Händen einer Regierung anvertrauten, deren treibende Kraft nicht ihre Vertreter, die Repräsentanten des Sowiet, bildeten, sondern die Kadetisch-kapitalistischen Elemente.

Gleichzeitig mit ihrem Versagen wuchs unaufhaltsam die Popularität der Bolschewisten, und dies nicht so sehr dank ihren ideologisch-politischen Theorien, sondern weil die bolschewistische Partei als Einzige kompromisslos auf der Grundlage der Gegnerschaft zum Kriege beharrte. Ein revolutionärer Regierungsumbau war Notwendigkeit geworden, um die Revolution zu vertiefen - und vielleicht zu retten.

Ihre Entwicklung und der Weg der Oktoberrevolution liegen schon jenseits unseres Themas.

Anmerkungen

1. Avdeyev N., Revoliutsiia 1917 goda (Khronika sobitii), Vol.I, Moskva 1923, p.99
2. Browder R.P. and Kerensky A.F., The Russian Provisinal Government 1917, Documents. Stanford 1961, Vol.II, p.1042
3. Buchanan G., My Mission to Russia, New York 1970, Vol.II, pp.90-91
Pale'ologue M., An Ambassador's Memoirs, Vol.III, pp.247-248
4. Miliukov P.N., Vospominaniia 1859-1917, New York 1955, Vol.II, p.339
5. ---, Istoriia vtoroi russkoi revoliutsii, Sofia 1921-23, Vol.I, pp.61-62
6. ---, Vospominaniia, Vol.II, pp.347-349
7. Paleologue, Vol.III, pp.254-255
8. Nabokov V., "Vremennoe Pravitelstvo", Arkhiv Russkoi Revoliutsii, Berlin 1922, Vol.I, p.43
9. Ibid., p.41
10. Browder, Vol.II, pp.854-856; Sukhanov N.N., The Russian Revolution 1917, London 1955, pp.190-192
11. Sukhanov N.N., Zapiski o revoliutsii, Berlin 1922, Vol.II, p.199
12. Miliukov, Vospominaniia, Vol.II, p.390
13. Browder, Vol.II, p. 1045: Chamberlin W.H., The Russian Revolution 1917-1921, New York 1935, Vol.I, pp. 440...
14. Browder, Vol.II, pp.1083...
15. Riha T., A Russian European: Paul Miliukow in Russian Politics, Notre Dame 1939, pp.301-302
16. Browder, Vol.II, pp.1258-1259
17. Chernov V., The great Russian Revolution, 1917-1921, new York 1935, p.175
18. Rosenberg W.G., Liberals in the Russian Revolution, Princeton 1974, pp.75-76
19. Ibid., p.75
20. Nabokov, p.53
21. Browder, Vol.II, p.1044: Rosenberg, pp.77-78
22. Nabokov, pp.55-56
23. Miliukov, Vospominaniia, Vol.II, p.355
24. Browder, Vol.II, p.855
25. Ibid.,
26. Drezen A., Burzhuazia i pomeschtschiki v 1917 godu, Moskva 1923, p.6
27. Tsereteli I.G., Vospominaniia o fevral'skoi revoliutsii, Paris 1963, Vol.I, p.124

23. Sukhanov, Zapiski, vol.II, pp.353-354; Nabokov, p.136; Tsereteli, Vol.I, pp. 122-124
29. Miliukov, Vospominaniia, Vol.II, p.260; Chernov, p.201
30. Tsereteli, Vol.I, p.137
31. Ibid., pp.135...; Miliukov, Vospominaniia, Vol.I, p.369
32. Wade R.A., The Russian Search for Peace, Stanford 1969, p.76
33. Tsereteli, Vol.I, pp. 160-161
34. Miliukov, Istoriia, Vol. I, p.167
35. "Diplomatia Vremennogo Pravitelstva v Borbe s revoliutsiei", Krasnyi Arkhiv, Vol.XX, (1927), p. 19
36. Browder, Vol.III, p.1277
37. Ibid., Vol.II, pp.955-956
38. Golder F.A., (ed.), Documents of Russian History, 1914-1917, New York 1927, pp.361-363
39. Trotsky L., The History of The Russian Revolution, Michigan 1932, Vol.I, p.384
40. Miliukov, Istoriia, Vol.I, pp.44-45
41. Chamberlin, Vol.I. p.149
42. U.S. department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States: Russia 1918, Washington 1931-1932, Vol.I, pp.171-172
43. Browder, Vol.II, p.1123
44. Golder, pp.325-329
45. Tsereteli, Vol.I, p.364
46. U.S.Department, p.742
47. Ibid., p.40
48. Buchanan, Vol.II, pp. 160-161
49. Nabokoff Constantin, The Ordeal of a Diplomat, London 1921, pp.134-136
50. Ibid., p.137
51. Wade, p.110 (Great Britain War Cabinet minutes; No.211)
52. Ibid., No.199
53. Izvestiia, No.135, 2 August 1917
54. Pokrovski M.N. (ed.), Ocherki po Istorii Oktiabrskoi Revoliutsii, Rubinstein/s study, pp.433-434